EXTRABLATT APRIL 1974

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Mitbestimmen bei Ausbeutung und Unterdrückung ?

Alle reden von Mitbestimmung. Ob CDU/CSU, FDP oder SPD, ob Minister, Jusoführer, Gewerkschaftsbonze oder D'K'P-Revisionist – alle versuchen sie dem Arbeiter weiszumachen, die Mitbestimmung mache Schluß mit seiner Entrechtung im Kapitalismus. .Sie versuchen uns einzureden, der Kern des Mitbestimmungsproblems sei die Frage, ob "paritätisch oder nicht" oder "die Rolle der leitenden Angestellten". In Wirklichkeit sind das nur Scheingefechte. Die Frage, die tatsächlich auf der Tagesordnung steht, heißt: Reform oder Revolution. "Mitbestimmung – Demokratisierung" lassen uns die Kapitalisten durch ihre verschiedenen Sprachrohre nicht nur für die Betriebe versprechen, sondern beispielsweise auch für die Bundeswehr und alle möglichen anderen gesellschaftlichen Bereiche. So versuchen die Kapitalisten der Tatsache zu begegnen, daß in der Arbeiterklasse, von den Werktätigen insgesamt, immer klarer erkannt wird, daß diese sogenannte Demokratie in Wirklichkeit eine Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ist. Die Mitbestimmungsideologen wollen uns glauben machen, die gewaltsame Zerschlagung des Kapitalistenstaates in der proletarischen Revolution sei nicht notwendig, vielmehr könne durch Reformen a la Mitbestimmung eine "Demokratisierung" der kapitalistischen Ausbeuterordnung eingeleitet werden. Aber die Erfahrungen, die die Arbeiter der Montanindustrie (Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung) in zwanzig Jahren mit der Mitbestimmung gemacht haben, sprechen eine deutliche Sprache.

Mehr Tonnen durch Mitbestimmung

Seit 23 Jahren wird in der Montanindustrie die paritätische Mitbestimmung praktiziert. Was hat sie den Arbeitern gebracht? Wurde die Arbeitshetze geringer? Wurde die Gesundheit der Arbeiter in der Montanindustrie weniger runiert, als in anderen Industriezweigen? Sind die Unfallzahlen gesunken?

Nichts von alledem! Das Gegenteil ist der Fall. Beispielsweise gibt es in der Eisen- und Stahlindustrie die Contischicht, die so geregelt ist, daß die Arbeiter gesundheitlich mehr ruiniert werden, als in den meisten anderen Branchen. Bekanntlich liegen auch die Unfallziffern in den Betrieben der Montanindustrie erheblich über dem Durchschnitt. Und was die Arbeitshetze anbetrifft, so hat der DGB selbst in seiner Werbebroschüre "Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit" bewiesen, daß sie durch die Mitbestimmung noch gefördert wurde. Wir zitieren:

> "Die wirtschaftliche Entwicklung der Montanindustrie belegt eindrucksvoll, daß die Montan-Mitbestimmung keinesfalls Rationalisierungsmaßnahmen behindert hat. Das beweisen am deutlichsten die Produktionsergebnisse je Arbeitsstunde. Der entsprechende Index für den Steinkohlebergbau ist von 1962=100% auf 143,1 im Jahre 1968 gestiegen und lag damit über dem Industriedurchschnitt von 142,7. Die Schichtleistung je Arbeiter unter Tage ist im deutschen Steinkohlenbergbau seit 1950 auf 3,5 t und damit um rund 2,1 t angewachsen. In der eisenschaffenden Industrie entwickelte sich der Produktionsindex je Beschäftigtenstunde mit einem Anstieg 1962 = 100% auf 145,5 im Jahre 1968 ebenfalls überdurchschnittlich."

Mit anderen Worten: In den Betrieben mit paritätischer Mitbestimmung wurde aus den Knochen der Arbeiter mehr herausgepreßt, wurde die Ausbeutung stärker verschärft, als dies durchschnittlich in anderen Betrieben der Fall war.

Kapitalistenlogik

Die DGB-Führer sind zynisch genug, um in ihrer Broschüre über Mitbestimmung noch eine ganze Reihe Beweise dafür zusammenzutragen, daß die paritätische Mitbestimmung der Sache der Konzernherren großen Nutzen gebracht hat. So weisen sie z.B. darauf hin, daß die "Arbeitnehmervertreter" in den Aufsichtsräten die Konzentrationsbestrebungen der Monopolherren stets eifrig unterstützt haben. Stolz weisen die Gewerkschaftsbosse z.B. darauf hin, daß die Mitbestimmer in den Aufsichtsräten und die Arbeitsdirektoren sich in keiner Weise den Zechenschließungen widersetzt haben. IG Bergbau-Boß Schmidt prahlte sogar damit, daß mit Hilfe der Montanmitbestimmung die Massenentlassungen im Bergbau in der Hälfte der geplanten Zeit vorgenommen werden konnten.

Muß man sich über diese Kapitalistenlogik der DGB-Bosse wundern? Wohl kaum. Was ist denn der DGB-Apparat anderes als ein Instrument der Kapitalistenklasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse? Und die DGB-Bosse? – Sie herrschen doch über einen großen Konzern und sind selber Kapitalisten. Für sie bedeutet die "Mitbestimmung": noch mehr Aufsichtsratsposten und Vorstandssitze. Sie gehören selbst zur Bourgeoisie. Sie denken und handeln wie Kapitalisten.

Mitbestimmung - Verschärfte Unterdrückung der Arbeiterklasse

Wie die DGB-Bonzen selbst in ihrer Broschüre zur paritätischen Mitbestimmung feststellten, begünstigt diese "Reform" die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Es wäre daher völlig unsinnig, zu glauben, daß die Mitbestimmung etwas an der Rechtlosigkeit des Arbeiters im Betrieb, an der politischen Knechtung der Arbeiterklasse im Kapitalismus ändern soll oder kann. Es ist vielmehr gerade umgekehrt. Verschärfte Ausbeutung läßt sich nur durchsetzen, wenn der Widerstand, den die Arbeiterklasse dagegen leistet, unterdrückt wird. Es ist typisch, daß gerade in Betrieben mit paritätischer Mitbestimmung die Methode der Zersplitterung der Belegschaft in eine Unzahl von betrieblichen Lohngruppen besonders ausgeprägt entwickelt wurde. Dadurch soll nämlich die kämpferische Solidarität der Arbeiter untergraben werden.

Die DGB-Führer scheuen sich nicht, in ihrer Mitbestimmungsbroschüre darauf zu pochen, daß es gerade zu den Leistungen der Montanmitbestimmung gehört, die Einheit der Arbeiter durch Lohnabstufungen zu unterlaufen:

> "Obwohl, wie bereits angedeutet, eine absolute Lohngerechtigkeit nicht zu verwirklichen ist, haben die Belegschaftsvertreter in der Montanindustrie viel Mühe und Überlegung darauf verwendet, eine Abstufung der Löhne entsprechend dem Grad von Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten der Arbeit zu erreichen..."

Aber darin erschöpft sich der Beitrag der Mitbestimmung zur besseren Unterdrückung der Arbeiterklasse natürlich noch lange nicht. Durch die Mitbestimmung wird die Institution des Arbeitsdirektors eingerichtet. Was das für ein großer Fortschritt ist, läßt die folgende Feststellung in der Mitbestimmungsbroschüre ahnen:

> "Die Bedeutsamkeit der Funktion des Arbeitsdirektors hat sich besonders in Zeiten struktureller Krisen im Bergbau, aber auch bei den ständigen Rationalisierungs- und Anpassungsmaßnahmen in der Eisen- und Stalhindustrie erwiesen."

Die "Bedeutsamkeit" der Funktion des Arbeitsdirektors läßt sich tatsächlich nicht leugnen. Das zeigt sich schon darin, daß der Arbeitsdirektor in den Mitbestimmungsbetrieben im allgemeinen der von der Belegschaft am meisten gehaßte Vertreter des Werksvorstandes ist. So z.B. Arbeitsdirektor Henne (IGM) von den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg. Der berüchtigte Contischichtplan bei Mannesmann, auch Henneplan genannt, der den Stahlwerkern gegen ihren Willen aufgezwungen wurde, ist sein Werk. **Ohne Mitbestimmung hätten es die Bosse bei Mannesmann auf jeden Fall erheblich schwerer gehabt, diese Rationalisierungsmaßnahme gegenüber der Belegschaft durchzusetzen.**

Mitbestimmen bei Entlassungsterror?

Über die "Bedeutsamkeit der Funktion des Arbeitsdirektors" bei Arbeitskämpfen haben sich die DGB-Bonzen leider ausgeschwiegen. Auch in dieser Beziehung leistet jedoch der Arbeitsdirektor, wie man am Beispiel Henne zeigen kann, Hervorragendes. So zeichnete er verantwortlich für Drohungen und Repressalien übelster Art gegen streikende Arbeiter. Auch für die fristlose Entlassung von 22 Kollegen wegen ihrer Teilnahme an dem spontanen Streik im Oktober vergangenen Jahres zeichnete Henne persönlich als Verantwortlicher.

Gerade in der Stahlindustrie sind politische Entlassungen in jüngster Zeit an der Tagesordnung. Bei Hoesch in Dortmund wurde vor kurzem ein kommunistisher Arbeiter, Sympathisant der KPD/ML, unter Einsatz von Werkschutz und Polizei aus dem Werk gejagt. Ein D'K'P-Betriebsrat gehörte mit zu den Initiatoren dieser faschistischen Maßnahme. Bei Mannesmann in Duisburg wurde am gleichen Tag ein Arbeiter, der sich zur KPD/ML bekannte, auf Betreiben des Werksvorstandes durch Polizei aus dem Werk geschleppt und kurz danach fristlos entlassen. Der Betriebsrat stimmte der Entlassung zu. Wenige Tage zuvor hatte derselbe Kollege ein Schreiben der IGM-Ortsverwaltung erhalten, in dem er aufgefordert wird, sich von der KPD/ML zu distanzieren, anderenfalls werde er ohne Verfahren aus der IG Metall ausgeschlossen.

In diesem Zusammenwirken von Kapital, Staatsapparat, DGB-Apparat und D'K'P-Revisionisten bei der Hetzjagd auf revolutionäre Arbeiter offenbart sich der wahre Charakter der Mitbestimmung. Die Kapitalistenpropaganda trommelt von "Demokratisierung", in Wirklichkeit sollen diese Phrasen darüber hinwegtäuschen, daß die Unterdrückung der Werktätigen verschärft wird, daß zunehmend faschistische Methoden zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiterbewegung angewandt werden.

Mitbestimmung der Arbeiterklasse gibt es nicht

Während die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse verschärft wird, soll die Mitbestimmungsideologie den Massen vorgaukeln, es gäbe zwischen ihnen und dem Kapital ein gemeinsames Interesse. **Aber in Wahrheit haben die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie nur eines gemeinsam: daß sie sich in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander befinden.** Das Kapital kann nur existieren durch die Ausbeutung, Unterdrückung, Erniedrigung und wachsende Verelendung des Arbeiters. Der Arbeiter kann ein menschenwürdiges Leben nur dadurch erreichen, daß er den Kampf gegen das Kapital aufnimmt mit dem Ziel, sein Joch abzuschütteln, die Herrschaft der Kapitalistenklasse in der proletarischen Revolution zu stürzen, das kapitalistische System zu zerschlagen, um den Sozialismus aufzubauen.

Denn der Kapitalist betrachtet den Arbeiter als ein Mittel zur Erzeugung von Profit. Er preßt ihn aus und wirft ihn beiseite wie eine Zitrone, die keinen Saft mehr hergibt. Diese Einstellung der Kapitalisten gründet in den Gesetzmäßigkeiten und dem Mechanismus der kapitalistischen Produktion. Mitbestimmung der Arbeiterklasse im Kapitalismus könnte daher nichts anderes bedeuten, als daß die Arbeiterklasse bei ihrer eigenen Ausbeutung mitbestimmt. Das ist ein absurder Gedanke. Im Kapitalismus ist die unersättliche Gier der Kapitalisten nach Profit, der erbarmungslos über Leichen geht, oberstes Gesetz der Produktion. Die Direktoren, Aufsichtsräte und Manager eines Unternehmens im Kapitalismus sind, selbst wenn sie es nicht wollten, Vollstrecker des Profitprinzips. Dabei ist es nicht entscheidend, ob einige dieser

Funktionäre des Kapitals aus der Arbeiterklasse stammen oder von der Belegschaft des Betriebs gewählt werden.

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, was von der sogenannten "Demokratisierung der Gesellschaft", in die die Mitbestimmung sich als "wichtigstes Reformvorhaben" einordnen soll, zu halten ist. Welchen Interessen dient denn dieser sogenannte "demokratische" Staat? Die Demokratisierungs-Propaganda will uns einreden: dieser Staat dient uns allen, er müsse nur noch mehr "demokratisiert" werden, damit der Wille des Volkes besser zur Geltung komme. Aber die Wirklichkeit sieht wohl anders aus.

Wo hat man denn je gehört, daß dieser Staat dem Willen und den Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen gefolgt wäre? Im Gegenteil: dieser sogenannte "demokratische" Staat dient doch gerade dazu, die Interessen und den Willen der Kapitalisten gegen die Werktätigen durchzusetzen. Wie jeder Staat ist auch dieser Staat ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse. **Es gibt keine über den Klassen stehende Demokratie. Demokratie im Kapitalismus heißt: Demokratie für die Kapitalisten, Diktatur der Kapitalisten über die Werktätigen.** Wenn die überwältigende Mehrheit des Volkes, die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen, sich nicht länger von der kleinen Minderheit der Kapitalisten ausbeuten lassen will, dann werden die Kapitalisten keine Reden über die 'Demokratisierung" schwingen, sondern sie werden – wie es in den Notstandsgesetzen festgelegt ist – Bundesgrenzschutz und Bundeswehr zur Verteidigung ihrer Diktatur über die werktätigen Massen aufmarschieren lassen.

Das Demokratisierungsgerede im allgemeinen und die Mitbestimmungsideologie im besonderen soll nur verschleiern, daß die Bourgeoisie den verstärkten Kämpfen der Werktätigen gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung mit der verstärkten Faschisierung ihres Staatsapparates zu begegnen versucht. **Die Arbeiterklasse soll aus den Augen verlieren, daß Ausbeutung, Lohnsklaverei und politische Unterdrückung nur durch die proletarische Revolution, durch den Sturz der Kapitalistenherrschaft, der gewaltsamen Zerschlagung des kapitalistischen Staates und der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse über die Ausbeuter beseitigt werden können.**

MITBESTIMMUNG : VERWANDT MIT DEM FASCHISMUS

Die DGB-Bonzen behaupten, die Arbeiterklasse und die Kapitalisten hätten doch ein gemeinsames Interesse, das in wirtschaftlicher Hinsicht durch das "Prinzip der Rentabilität" verkörpert werde. "Daran", so heißt es in der Mitbestimmungsbroschüre des DGB, "sind in der Tat Arbeitnehmer und Anteilseigner in gleicher Weise interessiert. Dieses Beschwören eines gemeinsamen Interesses zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten kennen wir doch. Egal ob Brandt, Erhard oder irgendein anderer uns aufgerufen hat, im Interesse der Allgemeinheit maßzuhalten, immer lief es darauf hinaus, daß die Werktätigen den Gürtel enger schnallen sollten und die Kapitalisten kassierten.

Die faschistische Ideologie propagierte es auch nicht viel anders. Sie nennt es "Überwindung der Klassengegensätze in der Volksgemeinschaft". Die "egoistischen" Klasseninteressen sollen fortan dem "höheren Interesse der Nation und des Staates" geopfert werden. Die finstere Zeit des Nazifaschismus hat gezeigt, was die "Volksgemeinschaft" in der Realität ist: hemmungslose Ausbeutung und terroristische Unterdrückung der Werktätigen, uneingeschränktes Wüten der Reaktion, Abschlachten von Millionen Söhnen des Volkes im imperialistischen Raubkrieg im Interesse und zum Nutzen der Reichen. **Ideologisch ist die Mitbestimmungsideologie mit der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie verwandt.** Denn es ist völlig klar, daß die von den DGB-Bonzen propagierte "Rentabilität" in Wirklichkeit nur im Interesse der Kapitalisten liegt, denen sich die Arbeiterklasse unterwerfen soll.

Denn was bedeutet Rentabilität im Kapitalismus? Im Kapitalismus ist ein Unternehmen nur dann rentabel, wenn es dem "Anteilseigner", sprich Kapitalisten, die Geldschränke füllt. Rentabilität bedeutet, daß den Arbeitern ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit und ihre sonstigen Interessen ein möglichst großer Mehrwert herausgepreßt werden muß, den sich die Herren "Anteilseigner", sprich Konzernherren, Finanzhaie, Großaktionäre, Börsenjobber usw. unter den Nagel reißen. Im heutigen imperialistischen Stadium des Kapitalismus ist ein Unternehmen nur dann rentabel, wenn es einen Maximalprofit garantiert. Wenn im Ruhrgebiet z.B. zahlreiche Zechen mit modernster Ausstattung stillgelegt und unter Wasser gesetzt wurden, weil mit Öl höhere Profite zu machen waren als mit Kohle, so entspricht das dem Prinzip der Rentabilität im Kapitalismus. Die Zechen konnten noch so neu und modern sein. Sie waren unrentabel, weil sie nicht den Maximalprofit lieferten. Das gemeinsame Interesse von Kapitalisten und Arbeitern an dieser Art von Rentabilität zeigte sich in diesem Fall darin, daß die Besitzer der stillgelegten Zechen vom Staat zig Millionen an Stillegungsprämien aus Steuergeldern kassierten, während von den Kumpels tausende arbeitslos wurden. Wenn in den letzten Monaten modernste Textilfabriken stillgelegt wurden, dann nur aus Gründen der Rentabilität. Daß mit den Maschinen und Anlagen ungeheure Werte verrotten und verloren gehen, spielt dabei keine Rolle; denn die Stillegungen waren notwendig, damit die Textilpreise steigen und einige Großbanken ihr Kapital rentabler verwerten können. Wo hier das gemeinsame Interesse von Kapitalisten und Arbeitern liegt, werden die arbeitslosen Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die teilweise noch um ihren letzten Monatslohn betrogen wurden, bestimmt erklären können.

Wenn im Zuge der Rationalisierung die Arbeitshetze derart gesteigert und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden, daß kaum ein Arbeiter gesund das Rentenalter erreicht, so soll man darüber nicht schimpfen, denn das liegt ja schließlich im gemeinsamen Interesse von Kapitalisten und Arbeitern. Daß durch die Hektik am Arbeitsplatz und durch unzureichende Investitionen bezüglich der Arbeitssicherheit die Arbeitsunfälle ein mörderisches Ausmaß angenommen haben, sollte gefälligst niemand beklagen, denn das ist nur die Folge des segensreichen Wirkens des Prinzips der Rentabilität, die in unser aller Interesse liegt.

Das Gerede der DGB-Bonzen über die Rentabilität als dem gemeinsamen Interesse zwischen Kapitalisten und Arbeitern zielt in dieselbe Richtung wie die faschistische Volksgemeinschaftsideologie: Die Arbeiter sollen darauf verzichten, für ihre Interessen zu kämpfen, sie sollen zu ihrer elenden Lage, zu der Tatsache, daß einige Schmarotzer sich maßlos an ihnen bereichern, auch noch ja sagen.

Die im Betriebsverfassungsgesetz befohlene "vertrauensvolle Zusammenarbeit" zur Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens wird in der "Mitbestimmung" noch auf eine höhere Stufe gehoben, um jeden Kampf der Arbeiterklasse zu unterdrücken. **Worauf diese Politik der Kapitalisten und des DGB-Apparates letztlich hinausläuft, ist klar: auf die faschistische Arbeitsgemeinschaft.** Jede Kampfmaßnahme wird für illegal erklärt, was sich ja bereits in dem gemeinsamen Vorgehen von Kapital, Staatsapparat und DGB-Apparat gegen die spontanen Streiks in der letzten Zeit zeigte. **Die Mitbestimmung hat also die Aufgabe, einen weiteren Beitrag zur Knebelung der Arbeiterklasse zu liefern. Ideologie und Praxis der Mitbestimmung sind ein Baustein bei der zunehmenden Faschisierung, sie sind ein Schritt zur terroristischen Unterdrückung jeder Kampfmaßnahme der werktätigen Massen.**

D'K'P – WEGBEREITER DES FASCHISMUS

Bekanntlich hat auch die D'K'P/SEW die Forderung nach Mitbestimmung auf ihr Panier geschrieben. Sie erfüllt damit getreu die Aufgabe, die sie bei ihrer Gründung, die mit ausdrücklicher Unterstützung der Bourgeoisie erfolgte, zu erfüllen versprach: den Kapitalisten unter dem Deckmantel der Bezeichnung "Kommunistische Partei" dabei zu helfen, die Arbeiterklasse zu knebeln, sie davon abzuhalten, den einzigen möglichen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, den Weg der gewaltsamen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Bei ihrem Versuch, den Arbeitern die Mitbestimmung schmackhaft zu machen, schlagen die D'K'P/SEW-Revisionisten natürlich eine etwas "linkere" Tonart an, als die DGB-Führer. Sie sagen: Mitbestimmung muß eine von einer Vielzahl von ' antimonopolistischen Reformen" sein, zu denen u.a. die Verstaatlichung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der Rüstungskonzerne und Großbanken gehört. Sie betonen: Mitbestimmung muß ein Hebel zur "Zurückdrängung der Macht der Monopole" sein, sie muß eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus sein, zu dem wir laut D'K'P/SEW durch "friedliche Umgestaltung" des monopolkapitalistischen Systems auf dem Wege von demokratischen Reformen gelangen.

Sie versuchen damit auf ähnliche Weise, wie die reformistische Sozialdemokratie der Weimarer Republik, die Arbeiterklasse mit Illusionen über ein "friedliches Hinüberwachsen" in den Sozialismus zu umgarnen, und sie dadurch dem Willen und Streben der Kapitalisten gefügig zu machen. Unter dem Schlagwort "Wirtschaftsdemokratie" war es der SPD und dem ADGB am Ende der zwanziger Jahre gelungen, den revolutionären Ansturm der Millionenmassen des deutschen Proletariats, die zur Revolution und zum Sozialismus drängten, zu bremsen, die Spaltung der Arbeiterklasse zu vertiefen und die bedrohten Positionen der Reaktion zu festigen.

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Reformismus der faschistischen Terrorherrschaft den Weg bahnte, indem er die ideologische, politische und militärische Zersetzung und Entwaffnung der Arbeiterklasse betrieb. Der Faschismus hätte sich niemals durchsetzen können, wenn die deutsche Arbeiterklasse einig und unbeirrt unter Führung der KPD den Weg der gewaltsamen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus beschritten hätte.

Damals führte die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns einen erbitterten Kampf gegen den Reformismus. Sie entlarvten das Konzept der Wirtschaftsdemokratie als einen Versuch, die Arbeiterklasse zum Verzicht auf jeden ernsthaften Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen des Kapitals zu zwingen und sie zeigte, daß das Gerede von der "Demokratisierung der Wirtschaft" darüber hinaus vor allem das Ziel verfolgte, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf für den Sozialismus abzuhalten. Sie wies nach, daß die Politik der SPD- und ADGB-Führer der Reaktion die beste Hilfe leistete und dem Faschismus den Weg ebnete.

Die D'K'P/SEW verbreitet heute dieselben reformistischen Utopien, wenn auch in etwas abgeänderter Form. Sie ist umso gefährlicher, als sie dabei Marx und Lenin im Munde führt und sich als "Kommunistische Partei" ausgibt. Die D'K'P/SEW-Führer sind mit der Forderung nach Mitbestimmung in die Fußstapfen der Noske, Zörrgiebel und Schumacher getreten. Sie sind die heutigen Wegbereiter des Faschismus, eine Agentur der Kapitalisten in der Arbeiterbewegung, deren schändlicher Verrat an der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus schonungslos entlarvt werden muß!

NIEDER MIT DER MITBESTIMMUNG – KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION !

Tag für Tag offenbart sich mehr die vollständige Verrottung und Fäulnis des imperialistischen Systems. Auf der ganzen Welt sind die Völker in Aufruhr. Die Hauptendenz in der Welt ist heute die Revolution und der siegreiche Vormarsch des Sozialismus. Auch Westdeutschland bildet da keine Ausnahme. Noch scheinen die westdeutschen Imperialisten fest im Sattel zu sitzen, scheint ihre Herrschaft nicht bedroht zu sein. Aber dieser Schein trügt. **Der westdeutsche Imperialismus steckt in einer unheilbaren wirtschaftlichen und politischen Krise, die sich immer mehr verstärkt.**

Die Kämpfe der Arbeiterklasse, der gesamten werktätigen Massen und der Jugend gegen Ausbeutung und Unterdrückung haben einen großartigen Aufschwung genommen. Und immer breitere Teile der Werktätigen erkennen, daß dieser Kampf nur auf revolutionärer Grundlage, mit dem Ziel, die kapitalistische Ausbeuterordnung in der proletarischen Revolution zu zerschlagen, geführt werden kann. Die revolutionäre Bewegung wächst in der Breite und in der Tiefe. Die KPD/ML, die junge marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, gewinnt zunehmend an Einfluß.

Wenn der Bonner Staat heute seine Bürgerkriegstruppen fieberhaft aufrüstet, wenn er wieder zur Folterung politischer Gefangener übergeht, wenn er sich gezwungen sieht, Polizeitruppen gegen streikende Arbeiter einzusetzen, wenn er jetzt eine neue Welle von politischen Prozessen gegen Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei und gegen andere fortschrittliche Menschen in Gang gesetzt hat, so beweist gerade dies seine Schwäche.

Es beweist, daß es ihm immer schwerer fällt, in der alten Weise zu herrschen. In dieser Lage versucht er, mit dem Mitbestimmungsschwindel die Fäulnis und den Zerfall seines Herrschaftssystems aufzuhalten, die Massen davon abzuhalten, den Weg des revolutionären Klassenkampfes zu beschreiten. Er wird dabei unterstützt durch die modernen Revisionisten von der D'K'P/'S'EW, die mit scheinradikalen Phrasen und mit der Lüge vom "friedlichen Weg zum Sozialismus" versuchen, der Mitbestimmung einen attraktiven Anstrich zu verleihen.

Aber der revolutionäre Zusammenschluß der werktätigen Massen gegen das Kapital und seine Handlanger wird sich nicht aufhalten lassen. **Die KPD/ML weist den Weg, auf dem die Zukunft der Ausgebeuteten und Unterdrückten liegt: in der proletarischen Revolution, in dem gewaltsamen Sturz des Kapitalismus, in der Errichtung der Diktatur des Proletariats, in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.**

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

NIEDER MIT DEM ARBEITERFEINDLICHEN, IMPERIALISTISCHEN DGB–APPARAT!!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

NIEDER MIT DER D'K'P/'S'EW, DEN SCHLIMMSTEN FEINDEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG, DEN VERRÄTERN AM KOMMUNISMUS!

NIEDER MIT DER MITBESTIMMUNG!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel. 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur; Dieter Stoll, Duisburg Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.